

II-10700 der Beilagen zu den Stenografischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5239/J

1993 -07- 14

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Haider, Apfelbeck, Dr. Partik-Pablé, Scheibner, Mag. Praxmarer, Haller  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend Einstellung einer Anzeige im Zusammenhang mit dem Steirischen Herbst 1992

Zwei Universitätsprofessoren und ein General haben mit Schreiben vom 20. Oktober 1992 dem  
Leiter der Staatsanwaltschaft Graz eine Sachverhaltsdarstellung über eine Videofilmvorführung  
im Rahmen des Steirischen Herbstes 1992 übermittelt. Sie beschreiben die gezeigten Darstel-  
lungen wie folgt:

"Günter Brus präsentiert in Großaufnahme seinen After, aus welchem Kot austritt, den  
er sodann löffelförmig verschlingt. Die Einstellung wird in mehreren Sequenzen gezeigt.  
2 nackte Männer und eine nackte Frau, alle blutüberströmt, machen Gruppensex. 2  
nackte Männer onanieren gegenseitig. Mann uriniert in Frauenmund und umgekehrt  
(Großaufnahme). Nackte Frau liegt am Rücken mit gespreizten Beinen, nackte Männer  
halten über sie eine flügelschlagende Gans. Der Gans wird der Kopf angeschnitten,  
das hervorspritzende Blut fließt auf die Frau, die sich damit einschmiert. Mit dem  
blutigen Stupf des Gänschalses wird das Genitale der Frau solange bearbeitet, bis diese  
in Orgasmus gerät."

Diese Filmvorführung erfolgte an mehreren Tagen und wurde nicht nur angeblich vom  
Bundesminister für Unterricht und Kunst gefördert, sondern auch von Schulklassen besucht.

Nach Information der Anzeiger sah die Staatsanwaltschaft keinen Grund einzuschreiten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundes-  
minister für Justiz die nachstehende

Anfrage:

1. Ist es richtig, daß die Staatsanwaltschaft Graz die erwähnte Anzeige über die Vorfüh-  
rung eines Videofilmes im Rahmen des Steirischen Herbstes 1992 zurückgelegt hat?
2. Wenn ja, womit wird dies begründet?
3. Warum wird insbesondere angenommen, daß der Tatbestand des Vergehens nach § 2  
des Bundesgesetzes über die Bekämpfung unzüchtiger Veröffentlichungen und den  
Schutz der Jugend gegen sittliche Gefährdung nicht erfüllt wird?

fpc107\jstherb.apf

4. Sind vor der Zurücklegung der Strafanzeige Berichte erstattet worden? Wenn ja, wie lauten sie?
5. Hat das Bundesministerium für Justiz zu diesem Fall eine Stellungnahme abgegeben? Wenn ja, wie lautet sie?
6. Werden Sie eine neuerliche Überprüfung der Strafanzeige in die Wege leiten? Wenn nein, warum nicht?

Wien, am 13.7.1993